

Statement

von Axel Wunsch, BI „Contra Eierfabrik Oranienburg, für die Pressekonferenz am 10. Januar 2019, Potsdam, Haus der Natur

Wie sieht zeitgemäße Landwirtschaft aus? An dieser Frage scheiden sich in Brandenburg die Geister. Im Wesentlichen dreht sich der Streit darum, wie Landwirtschaft aussehen muss, damit sie den Bedürfnissen von Verbraucherinnen und Verbrauchern, von Landwirten und Handel gerecht werden kann, ohne dass Umwelt und Gesundheit darunter leiden. Dass sie leiden, wissen wir seit langem.

Wir können heute belegen, dass es einen eklatanten Widerspruch zwischen geltendem Recht auf der einen Seite und der gängigen Genehmigungspraxis der Behörden auf der anderen Seite gibt. Wenige Tage vor der nächsten großen „Wir haben es satt“-Demo in Berlin stellen wir Ihnen heute die rechtliche Bewertung eines Abschlussberichtes des Fachgebietes Ökologischer Land- und Pflanzenbau und des Fachbereiches Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel vor. Veröffentlicht wurde dieser Bericht bereits im Februar 2017. Die nunmehr vorliegende rechtliche Bewertung besorgte der Berliner Fachanwalt für Verwaltungsrecht Tim Stähle im Auftrag des BUND Brandenburg. Der BUND seinerseits, und dafür ist ihm ausdrücklich zu danken, unterstützt mit seinem Engagement ein Bündnis von Bürgerinitiativen in Brandenburg, die sich dem Kampf gegen Massentierhaltung bei Legehennen und deren Vorstufen verschrieben haben.

Doch was zeigen uns die Ergebnisse der Kassler Wissenschaftler, was zeigt deren rechtliche Bewertung? Sie zeigt: Große Freiland-Legehennenanlagen, wie sie heute in Brandenburg vom Landesumweltamt fortlaufend genehmigt werden, sind gesetzeswidrig. Sie gefährden durch Nährstoffbelastungen den Boden und das Grundwasser und damit unsere Lebensgrundlagen. Die Wissenschaftler der Uni Kassel haben festgestellt, dass solche Freiland-Hühnerhaltung unter den derzeit üblichen Bedingungen zu massiver Überdüngung des Bodens führt. Das gefährdet in unverantwortlicher Weise das Grundwasser.

Für Brandenburg ergibt sich daraus:

1. Freilandhaltung ist die einzig akzeptable Hühnerhaltung. Sie muss für den Schutz der Umwelt aber dringend verbessert werden. Keinesfalls kann die Lösung darin bestehen, dass Freilandhaltung abgeschafft wird und Legehennen nur noch in Ställen im Käfig gehalten werden.
2. Die Auslaufflächen für Legehennen müssen erheblich vergrößert werden, weil die derzeit üblichen vier Quadratmeter Auslauffläche je Huhn für einen umweltverträglichen Abbau des Hühnerkotes deutlich zu klein sind.

3. Darüber hinaus müssen Ställe, Auslaufflächen und Herdenmanagement so gestaltet werden, dass der Auslauf von allen Hühnern vollständig und gleichmäßig genutzt wird. Nur so wird der Hühnerkot gleichmäßig verteilt.
4. Die für den Nährstoffabbau zwingend notwendige Pflanzendecke ist nur durch Wechselläufe gewährleistet.

Aus all dem ergeben sich konkrete Forderungen, die wir gemeinsam an das Landesumweltamt, aber darüber hinaus auch an die Landesregierung Brandenburg richten. Wir fordern vom Landesumweltamt:

1. Die umweltrechtlich relevanten Erkenntnisse aus dem Kasseler Abschlussbericht müssen bei allen laufenden und zukünftigen Genehmigungsverfahren für Freiland-Legehennenanlagen konsequent und ausnahmslos berücksichtigt werden.
2. Bestandsanlagen für Freiland-Legehennen müssen umgehend den gleichen Regeln unterworfen werden, da von ihnen eine fortlaufende Gefahr für Boden und Grundwasser ausgeht.
3. Zur Gefahrenabschätzung und zum Schutz der Bevölkerung sind bei Bestandsanlagen Bodenuntersuchungen tiefer als 0,9 Meter im stallnahen Bereich durchzuführen und die Ergebnisse zu veröffentlichen.

Wir können heute empirisch belegen und rechtlich sauber einordnen, dass die derzeitige Genehmigungspraxis gegen geltendes Recht verstößt. Als Bürgerinitiativen werden wir nicht müde, auf diesen Rechtsverstoß hinzuweisen. Dabei ist uns klar, dass die Konsequenz aus dem Kasseler Abschlussbericht und dessen rechtlicher Bewertung massive wirtschaftliche Auswirkungen hat. Wir sollten uns jedoch als Gesellschaft klarmachen, dass wir uns entscheiden müssen: Lebensgrundlagen für alle oder wirtschaftlicher Erfolg für einige? Für uns ist klar, dass Landwirtschaft auch möglich ist, ohne an der Umwelt und unseren Lebensgrundlagen Raubbau zu betreiben!

Wir bringen diesen Standpunkt deshalb in alle laufenden Verfahren zur Genehmigung von Freiland-Legehennenanlagen ein und wollen auch die maßgeblichen politischen Entscheidungsträger informieren. Und natürlich werden wir auch in anderen Bundesländern Verbündete suchen, denn nicht nur in Brandenburg ist die Nitratbelastung durch Legehennenanlagen ein Problem. Politik und Behörden sind jetzt am Zuge.

Die Landesregierung muss sich, nicht zuletzt wegen ihrer Pflicht zur Einhaltung des Vorsorgeprinzips, unverzüglich an bestehende Gesetze und Regelungen halten. Es kann nicht angehen, dass Bürgerinitiativen bei Behörden, die eigentlich dafür zuständig sind, für die Einhaltung der Gesetze und den Schutz unserer Lebensgrundlagen betteln gehen müssen.